



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Kern, Fitz: Das Kappsche Abenteuer : Eindrücke und Feststellungen

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

des deutschen Volkes wirklich ernsthaft wollen, auf dem Boden der einmal vorhandenen Verfassung zu sammeln und der sich anbahnenden Diktatur der Revolutionsgewinnler die Diktatur der Arbeit auf demokratischen Grundlagen entgegen zu stellen. Eine scharfe Linksschwenkung der Parteien in allen Wirtschaftsfragen ist die Forderung des Tages geworden, der niemand mehr ausweichen kann. Die Konsequenzen dieser Forderung für die politischen Parteien liegen klar zutage: Revision ihrer Programme, Revision der Zusammensetzung ihrer Fraktionen in allen deutschen Parlamenten und bewußte Stärkung aller Bestrebungen, die auf eine Kammer der Arbeit hinauslaufen. Daneben hat die Erziehung der Jugend zum Positiven zu gehen und ein Kampf einzusetzen gegen alle jene Elemente, die mit verlogenen Parolen unter Ausbeutung des nationalen Empfindens egoistische Ziele verfolgen und so den nationalen Gedanken, unter dem Deckmantel ihm zu dienen, diskreditieren und zugleich neue Zersplitterung ins Volk tragen. Welche Schamlosigkeiten dabei unterlaufen können, zeigte uns u. a. die Kappiade: während die Juden Trebitsch, Lincoln und Grabowski als Berater und Verbindungsmänner Kapps arbeiteten, glaubten die Soldaten dem Antisemitismus zu dienen und für manchen war dies vielleicht ausschlaggebend für seinen Entschluß, sich der Bewegung anzuschließen. Darum fort mit allen Antiparolen aus unserm politischen Leben! Fort mit dem Antisemitismus, Antibolschewismus, Antiaultramontanismus, Antisozialismus, Antipazifismus und her mit den positiven Parolen: sittlicher, geistiger, wirtschaftlicher, sozialer und politischer Aufbau mit Hilfe aller, die bereit sind daran mitzuwirken: Juden, Junker, Katholiken, Sozialisten, Pazifisten. Wer seinem Volke dient, fördert die Gesamt Menschheit, und wer der Gesamt Menschheit dienen will, muß sein Volk fördern!

## Das Kappsche Abenteuer

### Eindrücke und Feststellungen

Von Prof. Dr. Fritz Kern

#### Vorbemerkung



Als am Freitag, den 12. März, sich das erste Gerücht eines gegenrevolutionären Putsches in Berlin verbreitete, hielt ich es wie viele andere infolge meiner Unkenntnis der Vorgänge für Schwindel. Am folgenden Tag eines anderen belehrt, benutzte ich die mir durch historische Arbeiten gebotene Gelegenheit, um mir eine möglichst unmittelbare Anschauung der weiteren Ereignisse zu verschaffen. Über die Vorgeschichte der „Weissen Woche“ bis zum 13. März freilich habe ich mir indes nur durch Aussagen Dritter ein ungefähres Bild machen können, das durch die zu erwartenden Gerichtsverhandlungen wesentlich weiter aufgehell werden dürfte.

Berlin, den 24. März 1920.

## I.

Die „Nationale Vereinigung“, im Jahre 1919 aus dem Schmerz über Deutschlands Zusammenbruch und Fremdherrschaft geboren, war ein Bund idealistisch gesinnter, politisch vielleicht noch wenig geschulter Persönlichkeiten, die sich zu hohen vaterländischen Aufgaben berufen fühlten. Sie waren durchdrungen von der Überzeugung, daß Deutschland noch einmal eine schwere bolschewistische Gefahr bevorstünde. Sie wollten die geistigen und materiellen Widerstandskräfte gegen diese Gefahr sammeln und stärken. Der Gedanke eines Putsches stand den meisten von ihnen fern. Ebenso wie die ernsthaften Politiker der Rechtsparteien, hofften die meisten Mitglieder dieser Vereinigung durch die bevorstehenden und von ihnen herbeigesehnten Neuwahlen zur Nationalversammlung zu erhöhtem verfassungsmäßigen Einfluß zu gelangen. Sie beobachteten den wachsenden Zug nach rechts im Volke, den Wiederaufstieg unserer Produktionskraft und Wirtschaftisenergie, das Wiedererstarren des nationalen Gedankens. Diese für sie hoffnunggebende Entwicklung würde, das wußten sie, durch einen unüberlegten Putsch jäh durchschnitten werden. Die Parteien der Rechten würden zusammen mit der Armee die Kosten unbesonnener Streiche zahlen müssen. Die Entwicklung der Massen zur Vernunft, die Stärkung der Staatsautorität würde durch eine solche Unternehmung unabsehbar gehemmt werden.

Nun aber begnügte sich eine engere Gruppe innerhalb der „Nationalen Vereinigung“ mit solchen Zielen und Anschauungen nicht. Diese Gruppe, aus welcher die Verschwörung der Kappleute hervorgewachsen ist, hielt sich anscheinend bereit, um nach einem von ihnen im Sommer 1920 erwarteten Putsch der Bolschewisten ihrerseits loszuschlagen. Auch diese Gruppe scheint aber an eine Erhebung im März 1920 nicht gedacht zu haben. Ihr Führer war Hauptmann Pabst, der schon als Kriegsakademiker durch starke Gaben, aber auch schrankenlosen Ehrgeiz aufgefallen und dem im Frieden die Qualifikation als Generalstäbler versagt worden war. Im Kriege holte er durch bedeutende Leistungen die letztere nach und erwarb sich im Frühjahr 1919 bei der Säuberung Berlins vom Spartakismus bleibende Verdienste. Vom Drange beseelt, in erster Reihe zu stehen und alles auf seine eigene Person beziehend, hatte Pabst dann schon im Sommer 1919 die nationale Empörung über den Friedensvertrag zu einer bewaffneten Erhebung benutzen wollen. In seinen Kreis wurde neben anderen verabschiedeten Offizieren Oberst Bauer hereingezogen, der während des Krieges auf wichtigste Posten gestellt, dem damaligen Generalquartiermeister Ludendorff durch scheinbare Sachverständigkeit in politischen und sozialen Fragen imponiert hatte, obwohl er wenig Instinkt für sie besaß.

Im Juli 1919 wollte diese Gruppe die Diktatur ausrufen unter der Parole der Unannehmbarkeit des Friedensvertrages, insbesondere seiner Schmachparagrafen. Das Offizierkorps wäre damals in ganz anderer Einmütigkeit als im März 1920 dem Lösungswort zur Schilderhebung gefolgt.

Man beabsichtigte zugleich Noske zum Diktator auszurufen. Schon damals sollten die Linksradikalen zur Regierungsbildung herangezogen werden, ein schöner nationaler Einheitstraum, dessen trübes Gespenst noch in den Märztagen die Kappregierung genarrt hat. Die Diktatur sollte mit der größten Milde gehandhabt werden, um Bürgertum und Arbeitermassen zu versöhnen. Auch diesem Gedanken werden wir in unserm Bericht des Märzputsches wieder begegnen; er erklärt die in der Geschichte der Revolutionen beispiellose undiktatorische Lauschheit Kapps, die erfreulicherweise einen weißen Terror ausschloß, freilich von der Öffentlichkeit nur als Schwäche gedeutet worden ist.

Es war im Juni 1919 Noskes energischen Vorstellungen gelungen, den Ausbruch der Erhebung zu verhindern. Nun arbeiteten aber Pabst, der wegen Verbreitung einer Noske feindlichen Schrift entlassen worden war und darauf die „Nationale Vereinigung“ leitete, Bauer und ihr Kreis heimlich fort. Sie versuchten Fäden mit allen Formationen der Reichswehr anzuknüpfen. Im August 1919 wurde abermals eine Putschabsicht durch die Abmahnungen der Offiziere des Lüttwitzstabes und des Wehrministeriums vereitelt. Im Kreis der Verschwörer wurde aber weiterhin die Möglichkeit eines Umsturzes besprochen und die Organisation eines solchen ohne einen bestimmten Termin theoretisch und praktisch vorbereitet. Soweit ernsthafte Politiker der Rechten von diesen Strömungen hörten, scheinen sie zu wiederholten Malen vor ihnen gewarnt zu haben. Es bestand bei diesen Politikern die begründete Hoffnung, daß der erwartete Erfolg bei den Neuwahlen zur Nationalversammlung auch die unverantwortlichen Hitzköpfe beruhigen würde.

Nur Generallandschaftsdirektor Kapp, der sich bei bedeutenden und anerkannten Fähigkeiten schon während des Krieges durch die Unmäßigkeit seiner politischen Ziele und die Hemmungslosigkeit seiner Methoden kompromittiert und als Vorsitzender der Vaterlandspartei seinem staatsmännischer denkenden Mitvorsitzenden gelegentlich schwierige Situationen bereitet hatte, händelte mit den Verschwörern an, die in ihm den starken Mann und das repräsentative Haupt gefunden zu haben glaubten. Auch Kapp wurde, als einiges über seine Umtriebe durchsickerte, wiederholt gewarnt.

Ermutigt wurden die Verschwörer seit Herbst 1919 durch einzelne mehr oder weniger unverantwortliche Mitglieder der Berliner englischen Mission. Über die Triebfedern und Hintergedanken dieser Herren werden verschiedene Vermutungen geäußert. Im ganzen ist klar, daß das in Weltwirtschaft und Übersee niedergebrochene Deutschland sich insoweit der britischen Patronage erfreut, als es an dem Wiederaufbau seiner inneren Ordnung und Leistungsfähigkeit arbeitet; und so mögen einzelne Engländer in den Plänen Kapps eine stärkere Bürgschaft gegen den europäischen Bolschewismus erhofft haben, als die halb sozialistische Regierung Ebert-Bauer sie bot. Auch liegt es im englischen Interesse, daß auf dem europäischen Festland das gestörte Gleichgewicht zwischen Franzosen, Deutschen und Slawen durch Wiedererstarren des

deutschen Staates einigermaßen wieder hergestellt wird. Dagegen fuhr den Franzosen und Polen, wie die Ereignisse der „weißen Woche“ gelehrt haben, der Schreck vor der Neuaufrihtung eines militaristischen deutschen Reiches gewaltig in die Glieder. Erleichtert über den raschen Sieg der Demokratie benutzten diese beiden festländischen Nachbarvölker den Dummengungenstreich des 13. März als erwünschten Beleg für die Gewalttätigkeit und Gefährlichkeit des deutschen „Militarismus“.

Wie es bei derartigen Plänen zu geschehen pflegt, wurde den Verschwörern der Zeitpunkt und die Art des Losbrechens durch den Eintritt sie selbst überraschender äußerer Anlässe aus der Hand genommen. Infolge der uns durch den Friedensvertrag auferlegten Verkleinerung des Heeres waren zahlreiche Unklarheiten und Befürchtungen bei den aufzulösenden Formationen und den zu entlassenden Offizieren verbreitet.

Die verfassungswidrige Verzögerung der Neuwahlen durch die Regierung gab den Aktivisten in der „Nationalen Vereinigung“ einen bedauerlichen Anlaß, ihre eigenen Pläne zu rechtfertigen. Die von Rußland her für den Sommer erwarteten schweren Ereignisse steigerten ihren Trieb, „bereit zu sein“. Bei ihnen hatte sich zur gleichen Zeit, wie fast in der ganzen Bevölkerung, das Ansehen der Regierung stark vermindert, als diese sich trotz der wochenlangen Ärgernisse des Erzberger-Prozesses bis zum 12. März nicht dazu aufraffen konnte, das Kabinett von diesem anrüchig gewordenen Regierungsmitglied zu säubern.

Die Unruhe bei einigen der in der Nähe Berlins einquartierten, außerhalb der Reichswehr stehenden Truppenverbänden wurde durch einen Konflikt zwischen Reichswehrminister Noske und General von Lüttwitz gesteigert. Dieser Konflikt bildet den Anfang des Kappischen Abenteuers; er reifte den Entschluß zum Putsch. Die Marinebrigade Ehrhardt war die Elitetruppe unserer derzeitigen Wehrmacht. Sie bestand zu etwa einem Drittel aus Marineangehörigen, und war zu zwei Dritteln aus Truppenbeständen des Landheeres aufgefüllt. Die Frage ihrer Auflösung hatte schon längere Zeit hindurch die Behörden beschäftigt. Es schien angesichts der vom Ostbolschewismus drohenden Gefahr bedenklich, diese verlässlichste Kerntruppe aufzulösen. Unter dem Druck der Entente aber, welche verlangte, daß die Marinebrigade bis zum 10. März aufgelöst werden müßte, befahl am 28. Februar Wehrminister Noske die Überführung ihres Personals in Reichswehr und Marine. Dieser Befehl erregte bei den Betroffenen Empörung, da ihnen vorher ein Zusammenbleiben bis Ende Mai verheißen worden war. Am 1. März sagte General von Lüttwitz bei einer Parade in Döberitz der Brigade zu, daß sie nicht aufgelöst werden sollte.

Bis zum 10. März erschien die Lage äußerlich harmlos mit Ausnahme dieser ungeklärten Spannung zwischen Noske und Lüttwitz. Zwischen dem 1. und 10. März aber mußten Kapp, Pabst und ihr Kreis den Entschluß zu einem

Gewaltschritt gefaßt haben. Sie nahmen wohl an, daß ihre Absichten für immer versänken, sobald die einzige für ihre Zwecke zuverlässige Truppe der Auflösung verfallen wäre.

Schon am 3. März beunruhigten sich die höheren Offiziere in Lüttwih's Umgebung über die Möglichkeit, daß dieser sich zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen könnte. Sie bewogen deshalb den General, am 4. März mit den Vorsitzenden der beiden Rechtsparteien, Hergt und Heinze, Rücksprache zu nehmen, in der Hoffnung, es würde den beiden Herren gelingen, Lüttwih zu beschwichtigen.

Bei dieser Unterredung schilderte Lüttwih die Gärung in der Truppe. Er beklagte sich über Ungerechtigkeiten der Regierung gegenüber den Truppen und zeigte sich besorgt darüber, daß die Regierung die aus dem Osten drohende Gefahr so leicht nähme. Nicht zu einem „Revanchekrieg“, wie dies mißverständlicher- oder tendenziöserweise behauptet worden ist, sondern zum Schutz unserer Ostgrenze glaubte er stärkere Vorkehrungen fordern zu dürfen. Er habe deshalb die Überzeugung gewonnen, daß die Truppe selbst die Initiative ergreifen müsse, und deshalb um Audienz bei der Regierung gebeten.

Hergt und Heinze gewannen aus diesen Darlegungen den Eindruck, daß die Ansichten des Generals ziemlich unklar und seine Ziele unsicher wären. Da sie von dem mitanwesenden General v. Oldershausen wußten, daß er Gegner jedes militärischen Druckes auf die Regierung war, so glaubten sie, daß Lüttwih mit seiner Erregung ziemlich allein stünde, unterließen es aber nicht, vor dem Wahnsinn eines Konfliktes zwischen Lüttwih und der Regierung inständig zu warnen. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß der unmittelbar bevorstehende Antrag der Rechtsparteien auf baldige Neuwahlen und die Aufstellung Hindenburgs als Präsidentschaftskandidaten die Truppe beruhigen würde.

Am 9. März, als die Nationalversammlung jenen Antrag der Rechten abgelehnt hatte, suchte Lüttwih den Abgeordneten Hergt unangemeldet auf und fragte ihn, was denn nun geschehen sollte? Hergt betonte, daß die inzwischen von den Döberitzer Beschwerden in Kenntnis gesetzten beiden Rechtsfraktionen einen Druck des Militärs auf die Regierung für schädlich, jeden Gedanken daran für unerträglich hielten. Er bat den General, Zurückhaltung zu üben; die verfassungsmäßigen Bestrebungen der Fraktionen würden mit Entschiedenheit fortgesetzt. Der General erwähnte hierbei von seiner Absicht, die früher besprochene Audienz trotzdem nachzusuchen, nichts, wie er denn auch schon bei der früheren Besprechung seine eigentlichen Pläne verschwieg. Vielleicht haben es Hergt und Heinze an der erforderlichen Energie fehlen lassen, um das Unheil zu beschwören. Jedenfalls aber handelten sie in gutem Glauben, umso mehr als Lüttwih am 9. März ausdrücklich erklärte, daß ein Vorstoß gegen die Regierung unter den jetzigen Umständen nicht in Betracht käme.

Schon am 4. März hatte Lüttwih durch Vermittlung des preussischen Staatskommissars für öffentliche Sicherheit, Herrn von Berger, jene Audienz

erbeten. Am 10. März erfuhr der General durch Herrn v. Berger, daß der Reichspräsident ihn empfangen und den Wünschen des Militärs in entgegenkommendster Weise entsprechen wollte.

Es besteht in der Armee die Legende, Noske hätte schon vor dem ersten Drittel des März von der Absicht einer Verschwörung Wind bekommen; anstatt durch rechtzeitige Sicherheitsmaßregeln und geeignete Verhandlungen den Plan im Keim zu ersticken, hätte er die Verschwörung absichtlich von selbst ausreifen lassen, um unter geräuschloser Verhaftung der Rädelzfürher das gesammelte Material über die vereitelte Gegenrevolution der Nationalversammlung vorlegen zu können. Diese Annahme ist unrichtig. Erst am Morgen des 12. März hat sich bei Noske der Begriff der Verschwörung ausgebildet. Andernfalls würde er seiner Natur entsprechend viel früher zugegriffen haben. Ein gewisser, aus seinen vielen früheren Erfolgen erklärlicher Optimismus ließ ihn bis zum Freitag die Gefahr unterschätzen.

Erst am 10. erfuhr Noske, daß sich General von Lüttwitz mit einigen anderen Generalen beim Reichspräsidenten Ebert zum Vortrag angemeldet hätte. Um diese Umgehung des Instanzenweges zu durchkreuzen, begab sich Noske selbst zu Ebert, der den General von Lüttwitz ohne Zuziehung von anderen Generalen empfing.

Schon am 9. März hatte der an der Verschwörung unbeteiligte Stabschef des Generals von Lüttwitz, General von Oldershausen, den Chef der Admiralität, Vizeadmiral von Trotha, gebeten, auf den Führer der Marinebrigade, Kapitän Ehrhardt, einzuwirken, da der beunruhigende Eindruck bestünde, als ob die Brigade irgend etwas Geheimes plante. Admiral von Trotha ließ sich daraufhin Ehrhardt kommen, der ihm allerdings dienstlich nicht unterstand und von dem er aus früheren Gesprächen, in welchen er ihn zur Besonnenheit ermahnt hat, wußte, daß er ihm keine Auskunft über etwaige Pläne geben würde. Trotha machte den Kapitän auch jetzt wieder auf die Beunruhigung aufmerksam und entwickelte ihm, weshalb er irgendwelche Gewaltthaten für ein nationales Unglück hielte. Ehrhardt gab nichts zu erkennen, woraufhin seine Verhaftung oder Absetzung möglich gewesen wäre. Am Donnerstag, den 11. März, mittags, waren General Reinhardt und der Chef des Truppenamtes von Seeckt zu der Überzeugung gekommen, daß die Verhältnisse in Döberitz so nicht bleiben könnten und daß man das Befehlsband zwischen Lüttwitz und der Marinebrigade durchschneiden mußte. Sie schlugen Noske vor, die Marinebrigade zwecks Auflösung der Admiralität zu unterstellen, in der Hoffnung, daß Trotha als einziger noch Autorität über die Leute besäße. Noske stimmte zu, obwohl Trotha diesen Befehl für das Unglücklichste erklärte, was man tun könnte, da er nur den vorhandenen Explosivstoff entzündete, Lüttwitz und gleichermaßen die Brigade brüskierte. Noske erklärte, er liebe es in solchen Lagen, den Stier bei den Hörnern zu packen, worauf Trotha entgegnete: „Nur dann, wenn ich gewiß bin, daß ich die Hörner festhalten

kann.“ Wenn er die Brigade als lebensgefährliches Objekt unterstellt erhielte, so müßte er auch einen militärischen Apparat gegen sie besitzen; in Berlin verfüge er aber nur über Büros. Trotha schlug statt dessen eine beschleunigte u n a u f f ä l l i g e Auflösung der Brigade vor, indem Heer und Marine ihre Angehörigen einzeln aus der Brigade abfordern sollten.

Der Reichswehrminister hielt trotz dieser Bedenken seinen Befehl aufrecht. Er äußerte zuletzt die Ansicht, daß es schon heute nachmittag zwischen Lüttwiz und Ebert zum Klappen kommen würde.

Lüttwiz zeigte sich beim Reichspräsidenten schwer verletzt über die Wegnahme der Marinebrigade ohne sein Wissen. Unter den politischen Forderungen des Generals befand sich schon damals der Wunsch nach sachmännischer Besetzung der für die Auslegung des Friedensvertrages und die Versorgungsansprüche seiner Untergebenen wichtigsten Reichsministerien. Diese Forderung (Fachministerien), sowie das Verlangen nach verfassungsmäßigen Neuwahlen und verfassungsgemäßer Wahl des Präsidenten durch das Volk zeigte den politischen Untergrund der soldatischen Beschwerden. Sein schwerer Zusammenstoß mit Ebert hatte zur Folge, daß der General sofort seine Entlassung bekam. Mit altgermanischer Ehrlichkeit hatte Lüttwiz der Regierung seinen Absagebrief überreicht und diese so vor der Überrumpelung geschützt und zu Gegenmaßnahmen instand gesetzt.

Am Freitag, den 12. März, brachte Moske den ihm nun klar gewordenen Putschplan an die Öffentlichkeit. Es schien ihm gewiß, daß er bis zum folgenden Tage die Stimmung in ganz Deutschland so gegen die Verschwörer einnehmen könne, daß dann keiner der Döberitzer mehr einen Aufstand wagen würde. Seine einzige Sorge war, daß es schon in den nächsten 24 Stunden zu einem Gewaltschritt käme, gegen den die Regierung ungenügend vorbereitet war. In der Tat aber stieß der bei den Hörnern gepackte, doch nicht festgehaltene Stier nun augenblicklich zu.

Am Freitag nachmittag meldete General von Odershausen dem Reichswehrminister, Pabst befände sich draußen bei Ehrhardt, und bei dem Geist, der Pabst befehle, wäre ein Gewaltschritt nicht ausgeschlossen.

Der einzige Vorschlag, der sich erhob, war der, Admiral v. Trotha möchte nach Döberitz fahren, um mit seiner Autorität die Truppen in Ordnung zu bringen. Der Admiral gehorchte, obgleich er wenig Mittel sah, um auf die Leute einzuwirken. Eine solch entschlußfeste Persönlichkeit wie Ehrhardt konnte, wenn sie einmal zum Marschieren entschlossen war, kein Mensch durch Reden umstimmen. Versprechen konnte der Admiral aber den Leuten nichts und eine Macht, sie zu zwingen, hatte er nicht in Händen. Er redete Ehrhardt ins Gewissen. Welche unmögliche Verantwortung übernehme er doch, wenn die Gerüchte wahr wären; wie schwer und gefährlich ein solches Unternehmen wäre, ließe sich nicht ausdenken. Ehrhardt antwortete nur: er habe in den letzten 24 Stunden für manche Personen, die er früher geachtet habe, Verachtung gewonnen.

Zum Reichswehrminister zurückgekehrt, meldete Trotha, er habe die Truppe im vollen Frieden gefunden. Das bewiese aber nicht viel, denn bei einer solchen Truppe genüge, wenn sie um 1 Uhr marschieren wollte, höchstens eine Stunde Vorbereitung. Den Kapitän habe er gedrückt, „verbast“ vorgefunden, in einer Stimmung, auf der allerlei Unfug wachsen könnte. Von vielfältiger Seite war in den letzten Stunden auf Ehrhardt eingewirkt worden. Ein Wirbelwind von Ermahnungen und Befehlen hat die Brigade glauben gemacht, daß in Berlin alles in schlotternder Aufregung vor ihr wäre.

Als nachts die Meldung vom Einmarsch der Brigade in Berlin eintraf, fuhren die Generale Dven und Oldershausen ihr entgegen. Sie passierten die Vorhut und kamen ins Gros. Noch nie im Krieg und Frieden hatten die beiden Herren eine Truppe in so feierlicher, fester Stimmung marschieren sehen wie diese zu ihrem törichtsten Streich in gutem Glauben mit Liedersingen und entrollten großen Fahnen durch die Nacht heranziehenden Krieger. Endlich fanden sie Ehrhardt. Sie überraschten ihn im Schlafe. Er schloß, nachdem er die Truppe in Marsch gesetzt hatte, im Begriff, Deutschland auf den Kopf zu stellen, noch eine Stunde! Ein Mann mit solchen Nerven hat seine Truppe in der Hand. Ehrhardt erklärte den Generalen, daß nur unter gewissen Bedingungen der Vormarsch eingestellt würde. Die „fünf Punkte“, die der Offizier, eben erst aufgeweckt, aus dem Handgelenk hinwarf, enthielten in unklarer Form einen Teil des politischen Programms, welches nachher von der Kapp-Regierung aufgestellt worden ist (Fachministerien, baldige Neuwahlen, Präsidentenwahl durch das Volk), sowie die eigenen Forderungen der Brigade. Ehrhardt erklärte, sich nur auf wenige Stunden des Wartens einlassen zu können. Er würde die Antwort morgens um 7 Uhr an der Siegessäule entgegennehmen. Ein längeres Warten wäre schon darum unmöglich, weil die Erhebung gleichzeitig an dreißig Orten in Deutschland stattfände. Hierin hat sich Ehrhardt freilich getäuscht; die Organisation der Verschwörung war auch in diesem Punkt mangelhaft und ein Teil der ins Einverständnis Bezogenen ließ seine Mitverschworenen in der entscheidenden Stunde im Stich. Später soll Ehrhardt die Aufstellung seiner Forderungen und die hierdurch bewirkte Verzögerung des Einmarsches als ungeschickt bedauert haben.

Mit diesem Bescheid jagten die Generale im Auto nach Berlin zurück, und es erhob sich nun bei der Nachsitzung im Reichswehrministerium die Frage, ob den Auführern mit Waffengewalt begegnet werden sollte. Noske neigte seiner Natur entsprechend zur Energie. Er fragte, welcher der Herren mit ihm zu den Berliner Truppen fahren wollte, um sie zum Widerstand aufzumuntern. Als erster erklärte hierauf General von Seeckt, er halte es für ausgeschlossen, daß die Truppe zu bewegen sein würde, auf ihre Schwestertruppe zu schießen.

Es waren auch schon Nachrichten über kameradschaftliche Verbrüderung von Teilen der Sicherheitswehr mit der Marinebrigade eingelaufen. Fast alle

Anwesenden pflichteten Seckf bei. Nur General Reinhardt wünschte an seinem im Laufe des Tages ergangenen strengen Befehl, daß auf die Aufrührer geschossen werden müsse, festzuhalten. Ihm stimmte der Presseschef in der Reichskanzlei, Ulrich Kauscher, zu. Major v. Gilsa, vom persönlichen Stabe Noskes, meinte zwar auch, daß es zum Kampf nicht kommen könnte. Er empfahl aber, auf alle Fälle das Ultimatum abzulehnen, in der Hoffnung, daß die Schwere der Entscheidung die Verschwörer doch noch zurückschrecken würde. Noske selbst schwankte zwischen widerstreitenden Empfindungen. Er äußerte, heute brähe bei ihm der Respekt zusammen, den er vor dem Offizierskorps gehabt hätte. Zum zweiten Male stürze die Marine Deutschland ins Unglück. Trotha erwiderte: Die Sache wäre den Weg gegangen, den er befürchtet hätte, als jener Befehl gegeben wurde. Noske rief aus: Am liebsten würde er den Revolver gegen sich selber kehren, so fühle er sich in seinem Vertrauen betrogen. Er trat dem Standpunkt Reinhardts und v. Gilsas bei, nicht zu verhandeln; denn das würde einen Vorgang schaffen, der schließlich jedem Brigade-General das Recht verleihe, mit der Regierung auf gleichem Fuß zu verkehren, ähnlich wie das die Gewerkschaften usw. tun oder doch tun möchten. (Die Revolution hatte zwar die Köpfe etwas verwirrt und außerdem allen Deutschen das Koalitionsrecht verlihen; jedoch denen, welche der Staat zu seinem eigenen Schutz mit Waffen ausstattete, waren notwendige Grenzen gezogen.) Es sollte nun über diese Frage in der Reichskanzlei ein Entschluß gefaßt werden. Um  $\frac{1}{2}$  4 Uhr kamen Ebert und der Reichskanzler Bauer mit Noske in der Reichskanzlei zusammen. Ebert erklärte, daß es seinem persönlichen Empfinden widerstrebe, mit Aufrührern zu verhandeln, bemerkte jedoch, daß die Entscheidung nicht seine, sondern Sache des Kabinetts wäre. Die Forderungen der Aufrührer hatten zwar inhaltlich an sich nichts Ungeheuerliches; es sind vielleicht die bescheidensten Forderungen, die Umstürzler jemals gestellt haben.<sup>1)</sup> Aber die Form des bewaffneten Ultimatus trieb den tief beleidigten und in der Nacht aus den Betten gejagten Ministern das Blut in die Schläfe. Das um 4 Uhr nachts zusammengerufene Kabinett entschied sich ohne ernsthaftes Meinungsverschiedenheit augenblicklich gegen irgendwelches Verhandeln mit den Aufrührern, und angesichts der Unwahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Widerstandes für ein sofortiges Verlassen Berlins. Damit war der Schießerlaß gegenstandslos geworden. Er wurde aufgehoben und die Berliner Militärbehörden angewiesen, keinen Widerstand zu leisten. Man befahl, daß die Truppen sich sämtlich in die Kasernen zurückzögen. Als die Brigade Ehrhardt einmarschierte, waren die Regierungsmitglieder mit Ausnahme von Schiffer, Schlicke und Schmidt schon im Auto auf dem Wege nach Dresden<sup>2)</sup>. Dieses

<sup>1)</sup> Das „Berliner Tageblatt“ vom 24. März schreibt: „Es ergab sich, daß die Mehrheitsparteien in den politischen Forderungen, die die Putschisten als Vorwand der Revolte ausgegeben hatten, tatsächlich übereinstimmten.“

<sup>2)</sup> Koch und Gehler benutzten den Schnellzug.

Entkommen der Regierung verurteilte allein schon bei der zu erwartenden frostigen und feindseligen Haltung der öffentlichen Meinung gegen die Putschisten ihr Unternehmen zum Tode. Die Putschisten selbst, denen dieser Fehler alsbald klar wurde, entschuldigten ihn vor sich selber damit, daß vor Aufhebung des Schießerlasses die Verhaftung der Minister durch Streifkorps Blutvergießen gekostet haben würde. Hiervor schreckten sie zurück. Sie wollten den Umsturz ehrenhaft in deutscher Redlichkeit vollziehen, wie sie schon durch die Warnung Eberts durch Lüttwich und die Verhandlungspause des Kapitän Ehrhardt bewiesen hatten. Die bei erfolgreichen Verschwörungen niemals fehlende Brutalität liegt unserem Volkscharakter nicht. Mehr noch wie im Kriege sind bei einer Revolution die großen Anfangserfolge der halbe Sieg. *De l'audace, toujours de l'audace!* empfahl Danton in solcher Lage. Der deutsche Soldat aber entwickelt unwiderstehliche Energie nur gegen ein klar befohlenes Ziel. Indes wäre Kapps Unternehmen auch bei einer rechtzeitigen Mattsetzung der Regierung später gescheitert, nur nicht so rasch zusammengeürzt. Es hätten sich neue Regierungen gebildet und die Masse des Volkes hätte sich von den Kappleuten einfach nicht regieren lassen. Die Revolution vom November 1918 ist geglückt, u. a. weil sie von der Provinz, insbesondere dem Süden, ausging und zugleich die zentrale Kraft der Reichsbehörden durch innere und äußere<sup>3)</sup> Spaltungen geschwächt war. Was von Berlin ausgeht, nimmt der größere Teil der Deutschen an sich mit Mißtrauen auf. Jedenfalls war es im März 1920 für die Gesamtheit ein Glück, daß die alte Regierung erhalten blieb; das allein hat größeres Durcheinander verhütet.

Das Verlassen Berlins brachte allerdings der Regierung zunächst eine gewisse Minderung ihres Ansehens. Aber gerade von militärischer Seite war ihr dieser strategische Rückzug anempfohlen worden. Major v. Gilsa riet dazu, weil dies für den Gegner das Unangenehmste war und weil die Regierung nur außerhalb Berlins den Überblick über das Ganze und den Einfluß auf das Reich erhielt. Als die Regierung in Stuttgart eingetroffen war, erkannte sie die tönernen Füße des Kappschen Unternehmens mit völliger Klarheit. In Berlin bleibend, hätte sie mit den Aufständischen paktieren müssen.

In der Kabinettsitzung war die Frage erörtert worden, ob man gegen den Putsch zum Generalkrieg auffordern solle. Ein solcher Beschluß wurde aber nicht gefaßt; das Kabinett glaubte eine so ungeheuerliche Verantwortung nicht auf sich nehmen zu können, obwohl tatsächlich gegen eine gut organisierte Gegenrevolution kaum ein anderes wirksames Mittel zur Verfügung gestanden hätte. Gegen die Kappleute aber gab es vorerst noch andere Mittel. Denn sie waren ja bereit zu unterhandeln und ihre materiellen Forderungen nichts weniger als gegenrevolutionär. Schon am folgenden Tag hätte sich zudem die innere Schwäche der Verschwörung herausgestellt, an der sie fast von selbst zu-

<sup>3)</sup> Entfernung des Großen Hauptquartiers von Berlin.

sammengebrochen ist. Trotzdem lag es nahe, daß die Regierung die Anwendung des Generalstreiks in Erwägung zog. Hätte sie ihn aber beschlossen, so war hier besondere Staatskunst nötig. Sie durfte ihn keinesfalls zu einer Generalheze gegen Armee und Teile des Bürgertums ausarten lassen, falls sie dazu aufrief. Das Aufputschen der Volksmassen ist eine Waffe, die ihren eigenen Herrn schlägt. Einem untergeordneten Organ der Regierung ist es vorbehalten geblieben, vor der Weltgeschichte die Verantwortung für den Generalstreik zu tragen. Der Pressechef des Reichskanzlers Ulrich Kauscher wagte es, Flugblätter, die zum Generalstreik aufforderten, herauszugeben mit der Unterschrift Oberts und Kostes, die später erklärten, keine Ermächtigung dazu gegeben zu haben. Dies Verbrechen am deutschen Volke dürfte mit der Aufregung des Augenblickes nicht völlig entschuldigt werden können. Sie erschrafen selbst vor den Geistern, die ihr Zauberlehrling gerufen hatte.

Neben Papst und Genossen hat Ulrich Kauscher seinen geschichtlichen Platz als ein Beispiel verirrtten Parteigeistes. Sein Schritt hatte unmittelbar die schädlichsten Folgen. Wenn die Regierung selbst einen solchen Schritt für richtig gehalten hätte, so würde sie ihn auf die Absperrung Berlins beschränkt haben. Kauschers dreiste Tat entzündete den Generalstreik an allen Ecken und Enden Deutschlands, sogar am späteren Sitz der alten Regierung in Stuttgart, peitschte die kaum erst gebändigten Leidenschaften und Erwartungen der Massen empor und rief die rote Armee auf den Plan. Brandfackel war gegen Brandfackel geworfen.

Unter den Truppen, die auf Berlin marschierten, befand sich kaum Reichswehr, so wie sich unter den Verschwörern kaum aktive Offiziere befunden hatten.

Nicht in Siegestimmung, sondern gedrückt und schweren Herzens über das verfrühte und mangelhaft organisierte Unternehmen schlugen Kapp und Lüttwitz los. Ihre Pläne waren über sie selbst hinausgegangen.

## II.

Die militärisch glatte Eroberung Berlins war die selbstverständliche Folge des Befehls der entwichenen Regierung, daß kein Widerstand geleistet werden solle. Wie es morgens in der Stadt hieß, fiel in der ganzen Nacht nur ein einziger Schuß, ein Signal, auf welches die Verteidiger Berlins abgeschwenkt sein sollen, um einen Zusammenstoß zu vermeiden.

Die militärische Einführung der Diktatur Kapp-Lüttwitz mußte infolgedessen dem Gefühl der überrumpelten Berliner Bevölkerung zunächst imponieren. Der Bürger, der ahnungslos unter einer neuen Regierung aufgewacht war und der gewohnheitsmäßig die militärische Machtentfaltung als Ausstrahlung der obersten Staatsautorität ansah, konnte nicht wissen, wie dürftig in Wirklich-

seit die Unternehmung vorbereitet war. Wie sollte das Schwarzweißrot, das mit einmal wieder in der strahlenden Märzsonne vom Brandenburger Tor und allen Ministerien grüßte, nicht viele Herzen mit überraschenden Hoffnungen erfüllen? Auf diese Wirkung hatten die Verschwörer gerechnet. Sie wußten, daß aus den Kreisen des Bürgertums, der Akademiker, der ehemaligen Seeresangehörigen ihnen viel Anhang zuströmen mußte, wenn sie das ruhmreiche Banner des alten Deutschen Reiches entfalteten. Nur der Mangel an irgendwelchen aufklärenden Nachrichten lähmte die freudige Bewegung in der bürgerlichen Menge, welche auf die Kunde von dem Umsturz der inneren Stadt zuströmte. Der scharfer Blickende aber sah in dieser Unterlassung sofortiger Proklamation und Aufklärung an das Volk ein untrügliches Zeichen für die Schwäche der tollkühnen Unternehmung.

Es ist erzählt worden, daß Hauptmann Babs die fertig ausgearbeitete Proklamation, welche sofort nach dem Einmarsch unter die Bevölkerung verteilt werden sollte, zu befördern vergaß, weil er in der entscheidenden Stunde glaubte, seine Frau wegbringen zu müssen. Wie dem sei: schon um die Mittagsstunde nahm man wahr, daß die Verschwörer keine Kabinettsbildung, keine Vorkehrungen gegen einen Generalsstreik und kaum eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung vorbereitet hatten. Sie selbst behaupten, ein Programm besessen zu haben, welches wohl geeignet war, den Prätorianerputsch zur Würde einer wirklichen Revolution zu erheben. Ihr Programm war arbeiterfreundlich. Die Männer, die im Schützengraben mit Angehörigen aller Volksschichten in Kameradschaft gelebt hatten, glaubten irrigerweise auch die organisierte, klassenbewußte Arbeiterschaft der Reichshauptstadt fortreißen oder wenigstens neutral halten zu können. Der Gedanke der Aufopferung befehlte viele Mitläufer Babs's. Sie wollten an Stelle des alten Parteihaders eine starke, durch idealistischen Zusammenhalt wieder aufblühende Volksgemeinschaft. Von der Abneigung der öffentlichen Meinung gegen eine so unsympathische Art, durch Ueberrumpelung Macht zu erzwingen, in einem Augenblick, wo Deutschland am nötigsten Ruhe und Arbeit brauchte, hatten sie keine Vorstellung. Noch weniger fühlten sie die instinktive Abneigung Süd- und Westdeutschlands gegen jede Unternehmung, die sich äußerlich als ein vergrößertes Köpenick oder Zabern militäristisch einführte. Von den seelischen Krisen, welche die Arbeiterschaft zurzeit durchlebt, besaßen diese Männer nur einen unzulänglichen Begriff. Sie unterschätzten bei weitem die Gewissenskämpfe, worein sie die Angehörigen der Reichswehr stürzten, und die Furcht des demokratischen Bürgertums vor jeder Art von Reaktion. Sie überschätzten abermals, trotz den Erlebnissen des Krieges, den rein militärischen Erfolg. Die Bildung eines Ministeriums strebten sie auf breitester Grundlage an und waren optimistisch genug, selbst auf die Unabhängigen zu hoffen. Kapp scheint seinen Mitverschwörern gegenüber auch die Hoffnung geäußert zu haben, sofort ein Kabinett bilden zu können, welches wenigstens als Grundlage für eine wirklich breite Volksregierung dienen sollte. Ganz fertig konnte das

Kabinett selbstverständlich nicht sein; das liegt im Wesen einer Verschwörung. Aber die Putschisten waren doch am Sonnabend sehr erstaunt, wie sehr sie unter sich blieben. Selbst alle namhafteren Politiker der Rechtsparteien, an welche sie sich wandten, winkten deutlich ab und nun begannen sie zu fühlen, welche Mächte gegen sie standen. Die unglückliche Auswahl der Personen, die am Sonnabend in der Pressekonferenz für die neue Regierung in Erscheinung traten, enthüllte sofort auch der Öffentlichkeit die mangelhafte Vorbereitung. Der Mangel an Selbstvertrauen und die halbe Entschlossenheit der führenden Putschisten konnte nicht allzulange verborgen bleiben. Der Putsch, der im wesentlichen aus persönlichen Notständen der beteiligten Wehrmacht entsprungen war, konnte zu einem mehr oder weniger glücklichen Abschluß nur dann gelangen, wenn das Augenmaß der Putschisten nicht durch den äußeren Anschein der Macht in rein militärischer Kraftentfaltung getrübt wurde. Sie mußten sich sagen, daß ein Erfolg höchstens auf Bluff beruhen konnte, also in kürzester Frist zu realisieren war. Deshalb mußten Kapp und Lüttwitz spätestens binnen 24 Stunden wieder abtreten, ohne daß Kapp sich „Reichskanzler“ nannte, und an ihrer Stelle ein aus schleunigst zusammenberufenen Berliner Körperschaften gebildeter Ordnungsausschuß, eine Interimsregierung gebildet werden, welche, gestützt auf den militärischen Ordnungsdienst, sich für Amnestierung, Berücksichtigung der Truppenwünsche, baldige Neuwahlen und anderes dergleichen einsetzte, um durch eine rasche Vereinigung mit der entwichenen Regierung die Gegensätze innerhalb der staatlich fühlenden Schichten zu versöhnen. Warteten Kapp und Lüttwitz hingegen solange, bis die Verblüffung wich und die innere Hohlheit des Handstreiches fühlbar wurde, so war eine Katastrophe für ganz Deutschland unabwendbar, das Mißtrauen grub sich immer tiefer ein und der an sich verdiente Untergang der Putschisten riß ganze Stücke des Staates mit sich.

### III.

Am 13. März lebte man in Berlin allgemein des Glaubens, daß die gesamte Reichswehr im Reiche einheitlich hinter Kapp stünde. Unter dieser Voraussetzung bildete sich bei mir, sobald ich von dem Putsch gehört hatte, die Überzeugung, daß es Sache jedes Bürgers wäre, zu seinem Teil folgenden Zielen nachzustreben:

1. mußte die Putschregierung sobald wie möglich verschwinden,
2. mußte der irreführten Wehrmacht, um ihren Geist und ihre Kraft zu erhalten, eine goldene Rückzugsbrücke gebaut werden,
3. mußte, um den unvermeidlichen Schaden wenigstens einigermaßen durch positive Ergebnisse auszugleichen, ein Programm in den Vordergrund gestellt werden, das einen gewissen politischen Zukunftsgehalt umfaßte, wie z. B. Forderung einer zweiten Kammer, die als berufsständisches Berufsparlament gegliedert wäre. Derartige Forderungen dürften aber, um die

auseinanderklaffenden Volksteile zu versöhnen, nicht von den Putzschisten, sondern von einer möglichst breit gebildeten Vermittlergruppe ausgehen.

Schon am Sonnabend mittag entwickelte ich dem Admiral von Trotha, dem ich die Eigenschaften eines Vermittlers zuschrieb, dieses Programm und fand bei ihm volle Zustimmung. Diesen Offizier, der das Herz der Marine war und in einem seltenen Sinne als unersetzlich galt, traf ich aufs tiefste erschüttert über die Vorgänge. Von der Nachtsitzung des Kabinetts ausgeschlossen, stand er ohne Instruktionen einer beispiellosen Sachlage gegenüber. Er war zu dieser Nachtsitzung in die Reichskanzlei geeilt. Aber die Kabinettsmitglieder, die zwischen zwei Sitzungen im Bismarckzimmer zu einer zwanglosen Besprechung beisammen waren, baten den Admiral, als er eintreten wollte, draußen zu warten. Sie wünschten ihn nicht bei der Besprechung des Abreiseplanes usw. zugegen, weil sie ihn bereits im Verdacht hatten, auf der Gegenseite zu stehen. Noske und Trotha kannten einander aus langer und harter Arbeit und wußten daß sie sich über alle Gegensätzlichkeiten des politischen Glaubensbekenntnisses hinweg als Männer aufeinander verlassen konnten, denen das Wohl des Staates über allem stand. Jetzt aber hatte sich schon das vergiftende Mißtrauen erhoben; man hielt sich gegenseitig für ungeschickt; rasch wurde daraus in der Nervosität der Verdacht der Unloyalität und schied Zusammengehöriges auseinander. Die Ausschließung Trothas erwies sich als verhängnisvoll, da er sich von der Regierung, deren wortlose Abreise er als Flucht auffassen mußte, im Stich gelassen und ohne Weisung auf sich selbst gestellt fühlte. Die Herren von der Armeeleitung gingen am Sonnabend zum Teil nach Hause, weil sie zwar nicht offen sich gegen die Berlin beherrschenden Teile der Wehrmacht erklären konnten, aber auch ihr Amt nicht weiter führen brauchten, da der Lüttwitzstab wenigstens notdürftig den behördlichen Organismus im Gange hielt. Der verabschiedete General von Wrisberg übernahm am 13. früh, von Lüttwitz gebeten, die verwaisete Heeresleitung, obwohl er von den Ereignissen überrascht und im Offizierskorps infolge seiner vieljährigen Tätigkeit im Kriegsministerium persönlich wenig bekannt, schweren Herzens in diesen Abgrund sprang. Admiral von Trotha nun befand sich in einer schwierigeren Lage als die Herren der alten Heeresleitung. Er mußte unmittelbare Befehle geben an die ihm unterstellten Truppen in Kiel und Wilhelmshaven, denen kein anderer Befehle geben konnte. Trotha mußte also entweder formell abtreten oder alles auf seine Kappe nehmen, um die Marine zusammenzuhalten. Nach tiefem inneren Kampf und in voller Klarheit über die persönlichen Folgen einer scheinbaren Unterstützung des ihm aussichtslos erscheinenden Putsches erklärte Admiral von Trotha seine Bereitwilligkeit im Amt zu bleiben, als Lüttwitz ihn darum ersuchte. Er hatte nicht, wie die Beamten der bürgerlichen Ministerien, Stunden ja Tage Zeit, um einen Entschluß zu fassen. Versagte er sich der Aufforderung, so brach die Marine in derselben Stunde zusammen. Schon standen in Kiel Kämpfe mit bewaffneten Arbeitern dicht bevor, schon beherrschte die Marinebrigade Ehrhardt eigenmächtig die Reichs-

hauptstadt. Aus der Notwendigkeit, die öffentliche Ordnung trotz dem Generalstreik aufrecht zu erhalten, aus dem Wunsch seine Untergebenen zu decken, und aus dem Befehl der mit unbekanntem Aufenthalt geflüchteten Regierung, es solle kein Widerstand geleistet werden, schloß Trotha das Notrecht, ja die Pflicht, mit der einzigen derzeit anwesenden Regierungsgewalt äußerlich im Einvernehmen zu handeln. Auf dem Zusammenhalt des militärischen Organismus beruhte jetzt in der ungeheuren Verwirrung einzig die Sicherheit, ja die Existenz der Nation. Für solche Lagen war der formale Eid der alten Regierung gegenüber nicht gedacht. Es mußte auf den eigenen Kopf hin gehandelt werden. Indem Admiral von Trotha die Leitung der Marine befehlt, erwarb er sich das Verdienst, ein unabsehbares Chaos zu verhüten. Seine Stellung gegen die Gruppe Kapps aber faßte er dahin auf, seinen ganzen Einfluß dafür einzusetzen, sie rasch zur Vernunft und zum Einlenken zu bringen.

Einen äußeren Fehler beging der Admiral, indem er in seinem Befehl vom 13. März erklärte: „Ich habe mich mit der Marine der neuen Regierung zur Verfügung gestellt und erwarte, daß die Marine, wie bisher, geschlossenen meinen Befehlen folgt.“ Es hätte genügt, und seiner eigenen Meinung besser entsprochen, wenn er ohne Beziehung auf die neue Regierung einfach erklärt hätte, seinen Dienst weiter zu versehen. Indes hatte sich ihm aus dem November 1918 das berühmte „Sich zur Verfügung stellen“ auch einer innerlich nicht anerkannten, aber tatsächlich für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung maßgebenden revolutionären Regierungsgewalt gegenüber in Erinnerung gehalten. Der Soldat glaubt sich außerdem verpflichtet, in jeder Lage klar zu sprechen. Wer die Betätigung des Admirals vor und nach Ausbruch des Putsches kennt, ist sich nicht im Zweifel darüber, daß seine Ehre trotz der ungeschickten Formulierung dieses Befehles intakt geblieben ist.

Als Admiral von Trotha um 4 Uhr nachmittags zu Kapp ging, war der Gedanke einer „Kammer der Arbeit“ schon am frühen Nachmittag durch gewichtige Kreise der Wirtschaft an Kapp herangebracht worden. Über die Möglichkeit, Kapp und Genossen von der Notwendigkeit ihres raschen Abtretens zu überzeugen, sprach sich der Admiral, nachdem er einen offenbar nicht günstigen persönlichen Eindruck von den Verschwörern erhalten hatte, pessimistisch aus.

Ich hatte mich indessen meinerseits bemüht, in der Eile Politiker und Beamte verschiedener Richtungen zu einer Aktion in dem obenerwähnten Sinne zusammenzubringen. Bei den verschiedenen Aussprachen war nur eine Stimme über die Aussichtslosigkeit und Schädlichkeit des Kappschen Unternehmens, ohne daß sich freilich die Persönlichkeit fand, welche sich einen genügenden Einfluß auf die Dinge zugetraut hätte.

#### IV.

Am Sonntag, den 14. März, begann sich das Bild der Lage im Reich zu entschleiern. Es war nicht günstig für Kapp. Nur ein völlig einigtes Zusammenwirken der gesamten Militärmacht hätte den Verschwörern wenigstens einen guten Rückzug — mehr freilich auch nicht — verschaffen können.

In dieser Hoffnung auf Einigkeit der Wehrmacht hatten sich die Verschwörer schwer getäuscht. Gerade von Offizieren sind der alten Regierung die für ihr unversöhnliches Durchhalten bis zum Erfolg, der bedingungslosen Kapitulation Lüttwitz', entscheidenden Ratschläge und Ermutigungen gegeben worden. Noskes Persönlichkeit war es geglückt, den weitaus überwiegenden Teil der Reichswehr an die von ihm vertretene Sache zu fesseln. Nur durch ihn ist die Bewegung so rasch zum Ende gekommen; er hatte die leitenden Offiziere aus dem kameradschaftlichen Zusammenhang von Lüttwitz usw. gelöst und dazu gebracht, zur Demokratie zu halten, obwohl diese überlieferungsmäßig dem Offiziersstand geringes Verständnis entgegenbrachte. Damit hatten Pabst und Bauer nicht gerechnet.

An diesem Sonntag hat Kapp Stunden der Schwäche erlebt, als ihm die Unmöglichkeit einer Regierungsbildung und die Feindlichkeit der hohen Beamtenerschaft völlig klar wurde. Die Hauptsache freilich, der Überblick über die Lage im Reich, scheint ihm gefehlt zu haben. Die Herren seiner Umgebung waren eifrig bemüht, die Stunde für eine leidliche Liquidation, falls solche noch möglich war, zu versäumen. Am Sonntag vormittag überbrachten die Minister Südekum und Dser Kapp ein Ultimatum der Gewerkschaften:<sup>1)</sup> wenn er nicht bis 3 Uhr nachmittags zurücktrete, werde der Generalstreik offiziell ausgerufen werden, der seine Regierung erledigen würde. Aus dieser ergebnislosen Unterredung zog der Lüttwitzstab das unsinnige Gerücht, mit Dser und den Gewerkschaften würde über ihren Eintritt in die Kappregierung verhandelt. Ähnliche stimmungbelebende Legenden wurden über Verhandlungen mit dem unabhängigen Sozialisten Däumig ausgestreut. Man hatte tatsächlich mit einigen Unabhängigen und Kommunisten unterhandelt, die aber entweder nicht viel Macht repräsentierten oder nicht viel Geneigtheit zu einem Bündnis zeigten.

Sedenfalls waren die einsichtigeren unter den Verschwörern noch innerhalb ihres Kreises zu schwach, um die Folgerungen aus der unhaltbaren Lage zu ziehen. Pabst und Bauer wünschten sich selbst zu belügen, nach dem System optimistisch gefärbter Meldungen. Es bildete sich das Schlagwort, man müsse durch „Nervenbehalten“ aus dem einmal Geschehenen soviel wie möglich „herausholen“. Die Aufgeblasenheit, die der Deutsche aller Parteirichtungen in der Politik zeigt, während z. B. der Romane doch immer eine leise Skepsis am eigenen Standpunkt behält, spielte diesen schlechten Psychologen einen bösen Streich. Was glaubten sie nicht alles hinter sich zu haben!

Die begeisterte Zustimmung der ganzen Provinz Ostpreußen zur Kappregierung, sowie die Sympathien in Schlesien und Teilen der Mark und Pommerns bildeten den Stimmungsrückhalt für die Desperados, die im Reichskanzlerpalais ihre improvisierte Herrschaft aufgeschlagen hatten. Daß Ostpreußen in dem Glauben, die Kappregierung hätte sich in ganz Deutschland durchgesetzt,

<sup>1)</sup> Anderer Darstellung nach: der Eisenbahner.

ihr begeistert zufiel, nimmt nicht Wunder. Hatte sich doch dies vom Mutterkörper abgetrennte Glied von der alten Regierung zurückgesetzt, ja verlassen gefühlt. Die ganzen Hoffnungen des schwergeprüften Deutschtums im Osten jubelten dem scheinbar neu entstehenden Schwarzweißrot entgegen, und so ist dann später auf den schmählichen Zusammenbruch dieser Hoffnungen eine grenzenlose Erbitterung gefolgt, die sich vereinzelt bis zu Loslösungswünschen verdichtete.

Der Lüttwizkonzern aber glaubte, mit krampfhafem Schönfärben der wahren Verhältnisse in der Reichswehr, dem Bürgertum und der Arbeiterschaft, daß er, gestützt auf Ostdeutschland, in einer phantastischen Erinnerung an 1813 die Nation „befreien“ könne, nicht allerdings von einer Fremdherrschaft, sondern von den „Schiebern, Parlamentariern“ usw. Sie drängten Kapp zum Durchhalten, und es ist ihnen auch gelungen für ein oder zwei Tage den gegenteiligen Einfluß der Herren des Reichswehrministeriums zu lähmen.

In der Pressefetzung, welche am Sonntag vormittag im Pfeilersaal der Reichskanzlei stattfand, war am Verhalten der anwesenden Journalisten ebenso wie an der mangelhaften Regie und den verlegenen, inhaltsleeren Worten des persönlich erschienenen „Reichskanzlers“ Kapp deutlich zu spüren, daß der Respekt, den der Anschein einer Militärdiktatur am ersten Tage noch erweckt hatte, rasch im Verbleichen war.

Eine Kabinettsbildung kam überhaupt nicht zustande. Die paar persönlichen Freunde Kapps, die sich wie Dr. Schiele, v. Falkenhausen, Traub, trotzdem sie den Putz verurteilten, nunmehr opferten, indem sie eine Art Staatsrat bildeten, konnten und wollten nicht als Regierung angesprochen werden. Alle namhafteren Politiker der Rechten, die um Hilfe angegangen wurden, winkten deutlich ab. Auch das Einspringen des energischen Herrn v. Jagow, der sich seinerzeit als Polizeipräsident von Berlin trotz oder gerade wegen seiner Junkernase einer eigentümlichen Volkstümlichkeit erfreut hatte, konnte am jetzigen Tage nichts verbessern. Seit Sonnabend abend war der Streik als eine gewaltige Macht in Erscheinung getreten, heraufbeschworen durch jene Flugblätter, welche die gefälschte Unterschrift von Ebert und Noske trugen. Obwohl in vielen Arbeiterkreisen Streikmüdigkeit herrschte, wurde es ihren Führern leicht, sie mitzureißen, da die bis zur äußersten Rechten aufflammende Entrüstung über Kapps Lorenstreich von der Regierung noch angeblasen wurde. Die unheimlich prompte Durchführung des Streiks, der Stillstand der Verkehrsmittel, das Nichterscheinen von Zeitungen in einem so von Gerüchten und Nerven erfüllten Zeitpunkt wirkte stärker auf die Stimmung, als die Stahlhelme und Maschinengewehre. Vergeblich spielten die Militärfapellen in der nicht sonntäglich, sondern trotzig feiernden Stadt; spärlich begrüßt und viel verwünscht zogen die stolzen Bauernjungen der einrückenden Regimenter im strammen alten Tritt der kaiserlichen Zeit, mit Blumen im Knopfloch und auf den Bajonetten, durch die Straßen Berlins. Streikaufrufe der Demokraten und Sozialisten

hatten den Massen das Lösungswort gegeben: allgemeiner Volksstreik gegen die Meuterer, „Einigkeit macht stark“. Zwei Welten schieden sich wie Feuer und Wasser.

Daß Kapp nicht einmal die Zensur und sonstiges Zubehör eines Belagerungszustandes einzuführen wagte, daß er durch den Sezerstreik daran verhindert werden konnte, seine Proklamation in ausreichender Zahl unter das Volk zu bringen, dazu die Nachrichten aus dem Reich, welche durch den von Kapp nicht behinderten Fernsprecher Meldungen von der Regierungstreue des Südens und Westens in die Berliner Bevölkerung trugen: alles das erklärte die offene Mißachtung, welche die Journalisten dem neuen Machthaber kaum 24 Stunden nach seinem „Regierungsantritt“ bewiesen. Als der 60jährige Mann mit seiner doch immerhin persönlich imponierenden Erscheinung den Pfeilsaal betrat, und sich vor den etwa 200 Anwesenden verneigte, erwiderten ihm kaum zehn den Gruß. Und als er dann an Stelle eines Programms nur bestritt, Monarchist oder Militärdiktator zu sein, da hat diese Versammlung, das einzige Stück Volk oder Parlament, vor welchem sich dieser zehnte „Nachfolger“ Bismarcks während seiner ganzen Amtszeit öffentlich vorgestellt hat, vollkommen begriffen, daß hier wirklich kein Diktator vor ihr stand, sondern ein armer Mann, der um gut Wetter bat, der das Beste des Vaterlandes, so wie er es verstand, gewollt hatte, aber bereits an seiner Mission irre geworden war und sie innerlich verloren gab.

Man brauchte nur ins Nebenhaus einzutreten, um zu sehen, wie alles gegen Kapp einig war. Das Auswärtige Amt hatte sich unter einer Art von dreiköpfigem Direktorium selbständig gemacht und Unterstaatssekretär v. Haniel erklärte den Abgesandten Kapps, er würde zwar seine Tätigkeit fortsetzen, aber so handeln, als ob die alte Regierung auf Urlaub wäre. Die Beantwortung der Frage, ob er auch solche Anweisungen der alten Regierung entgegennähme, die sich gegen die neue richteten, lehnte Herr v. Haniel ab. Die Reichshauptkasse verweigerte auf Grund einer Weisung des Reichsfinanzministeriums jegliche Zahlung, und sich das Geld einfach zu holen, das ging den Kappleuten gegen ihr Anstandsgefühl. Auch hier wieder kein ernstes Wille, sich durchzusetzen: die erste Revolution ohne Geld.

Aber noch fand Kapp an diesem Sonntag keinen Rückzug aus der Sackgasse. Am Nachmittag versammelte sich das „Kabinett“ zu der ersten seiner beiden einzigen Sitzungen. Es wurde beschlossen, trotz dem Generalstreik, welchem die „Regierung“ hilflos gegenüberstand, und trotz den bedenklichen Nachrichten aus dem Reich „unbedingt durchzuhalten“.

Das was Bauer und Pabst die „militärische Lage“ nannten, wurde als günstig hingestellt, die Fiktion des einheitlichen Handelns der Wehrmacht aufrechterhalten. General Ludendorff war durch seinen alten Freund Bauer gebeten worden, der Sitzung als Privatperson beizuwohnen. Er hatte den Putzsch als solchen nicht gewünscht. Zu seinen bekannten Wesenszügen gehört aber

eine oft zu weitgehende Treue gegen seine Mitarbeiter. Auf Grund der ihm von Bauer gelieferten Angaben konnte er in jener Sitzung seinem ganzen Temperament nach nichts anderes als das militärische Durchhalten empfehlen. Der Mangel an politischem Augenmaß bei diesem großen Soldaten wurde ihm wiederum verhängnisvoll. Indem er ans Portepée schlug, gab er für den Augenblick den Desperados neue Kraft. Seine Autorität hielt die Wankenden fest. Es war der Mut des Offiziers, der auf verlorenem Posten ausharrt, an Stelle der Zivilcourage, die ein verfehltes Unternehmen möglichst rasch glattstellt. Der militärische Gesichtspunkt verdrängte wieder einmal den politischen. Auf diejenigen wurde nicht gehört, welche gerade im Interesse der Armee das schnelligste Verschwinden der Kappregierung wünschten.

Der frühere Unterstaatssekretär von Falkenhausen aber, der in dieser Sitzung als „Chef der Reichskanzlei“ erschien, erklärte: Als er am Sonnabend von dem Einmarsch erfahren habe und von seinem alten Freund Kapp um seine Unterstützung gebeten worden sei, da hätte er geglaubt, das persönliche Opfer nicht verweigern zu dürfen. Er wäre sich aber schon gestern darüber klar gewesen, daß unter den hundert Karten dieses Spieles sich höchstens eine Glückskarte befände. Heute wüßte er, daß auch diese verspielt sei.

Unmittelbar nach der Kabinettsitzung betrat ich mit anderen Privatpersonen die Reichskanzlei in der Hoffnung, einen Anhaltspunkt für den von uns erstrebten Rückzug der Verschwörer zu finden. Dort trafen wir die Herren Kapitän Humann und Hauptmann Karmann von der Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums. Diese Herren haben mit das größte Verdienst daran, Kapp zur Besinnung gebracht zu haben. Daß es ihnen erst einige Tage zu spät gelang, ist nicht ihre Schuld. Anwesend waren bei der Szene, die ich als Augenzeuge miterlebte, von der „Regierung“ Offiziere des Lüttwitzstabes, Dr. Schiele, v. Wangenheim und Traub, welsch letzterer die ganzen Tage über wie geistesabwesend in stillem Jammer umherging und jedem Leid tat. Hauptmann Karmann berichtete nach den im Reichswehrministerium vorliegenden Nachrichten über die Lage im Reich. Er verstand es geschickt, das Hoffnungslose des Kappischen Unternehmens aus zahlreichen Einzelzügen überzeugend zu machen, und wer seinen Bericht vorurteilslos anhörte, den mußte die vaterländische Pflicht, einen raschen Ausweg aus dem Chaos zu suchen, im Innersten ergreifen. Wir anwesenden Privatpersonen wurden noch tiefer erschüttert, als Karmann sich gegenüber den etwas betretenen „Regierungsmitgliedern“ beschwerte, daß der Kabinettsbeschluß gefaßt worden wäre, bevor er zum Vortrag zugelassen worden war.

Wir Privatpersonen drängten nun aufs stürmischste, daß Karmann unverzüglich zu Kapp ginge. Schiele und andere suchten ihn verlegen zurückzuhalten. An dem Kabinettsbeschluß ließe sich nun doch nichts mehr ändern. Dr. Schiele betonte, daß doch soeben in der Sitzung von den höchsten militärischen Autoritäten eine wesentlich andere Auffassung der Lage bekundet

wäre, worauf Karmann erwiderte: diese Autoritäten verfügten doch wohl nicht über das amtliche Nachrichtenmaterial. Auf die weiteren Einwände, der „Reichskanzler“ wäre zurzeit zu sehr beschäftigt, usw., erinnere ich mich im höchsten Zorn ausgerufen zu haben: Wenn der „Reichskanzler“ nicht binnen zwei Minuten die Karmann'sche Meldung erhielte, so wäre das ein Verbrechen, und wenn sich niemand fände, den Hauptmann anzumelden, so müsse er eben unangemeldet eintreten. Karmann verlangte sofort dienstliche Anmeldung und entfernte sich dann selbständig in der Richtung auf die Kapp'schen Gemächer.

Erst einen Tag später habe ich erfahren, daß es dem Erzverschwörer Pabst doch noch gelungen ist, den Hauptmann Karmann an diesem Sonntag abend vom „Reichskanzler“ und damit den „Reichskanzler“ von der Wahrheit abzusperrten. Als Kapp an jenem Sonntag abend einige Zeit nach Karmann's Verschwinden den Saal betrat, in dem wir uns befanden, versuchte ich an Kapp heranzutreten. Dazu ermutigte mich die Bemerkung, die mir Trotha beim Verlassen der „Kabinettsitzung“ machte, er hätte in der Sitzung alle Einwände zwar vergeblich vorgebracht, hielte aber Kapp für Vorstellungen nicht für unzugänglich. Indes vertrat mir Schiele den Weg und ermahnte mich, den überlasteten „Reichskanzler“ zu schonen. Um mich als Privatperson nicht anzudrängen, unterließ ich diesen Schritt in der Annahme, daß Kapp durch Karmann ja vollständig aufgeklärt wäre. Jedoch glaubte ich mich verpflichtet, die Offiziere der Sicherheitswehr, welche sich in der Reichskanzlei befanden, sofort davon zu unterrichten, daß die Sache Kapp's, zu welcher sie geführt worden wären, eine verlorene wäre. Ich stellte den Herren anheim, dem Chef der Berliner Sicherheitswehr Meldung zu erstatten, damit diese möglichst bald zur alten Regierung zurückkehre. Ich hoffte hierdurch, einen entsprechenden Druck auf die Kappleute auszuüben. Danach suchte ich Fühlung mit den Unterstaatssekretären verschiedener Reichsämter, die sich einige Stunden vorher dahin verständigt hatten, die Kappregierung abzulehnen. Auch von dieser Seite erhoffte ich einen schleunigen Druck auf die Kappregierung. In die Reichskanzlei zurückgekehrt, wurde ich wegen meiner „aufwieglerschen“ Betätigung unter der Sicherheitswehr zur Rede gestellt, ebenso wie die aufgeregten Herren des derzeitigen Lütwitzstabes, lauter verabschiedete Offiziere, gegen Hauptmann Karmann die Drohung der Suspendierung und Verhaftung ausstießen. Jedoch blieb es bei bloßen Worten. Ich konnte nicht umhin, die mich verhörenden Herren darauf hinzuweisen, daß eine richtige Revolutionsregierung mich nach dem Vorgefallenen zweifellos an die Wand stellen würde, während ihre dankenswert verbindliche Umgangsform mir zeigte, daß sie zwar sehr nette Menschen, aber keine Regierung wären.

In der Tat war der hervorstechendste Eindruck, den man in der Reichskanzlei empfang, das Vorwalten von Elementen von guter Kinderstube und vornehmer Gesinnung, denen nur ihre ohnehin geringe Kenntnis der wirklichen Verhältnisse noch durch die Bitterung über vermeintlich erlittenes Unrecht

verdunkelt war. Mancher tapfere Frontoffizier, der sich oft mit zahlreicher Familie im reifen Mannesalter mit karglichem Ruhegehalt aufs Pflaster geworfen sah, hoffte von der neuen Regierung eine ähnliche Fürsorge, wie sie nach der Novemberrevolution anderen Volksschichten reichlich zuteil geworden war. Solche Zurückgesetzten drängten sich jetzt heran. Sie sahen in den Generalen von Seeckt, von Loßberg und den übrigen Ebert treu gebliebenen Offizieren nur Verräter, denen das Erhalten der eigenen Stellung über dem Kameradschaftlichen Gemeingeist stand. Neben diesen bedauernswerten, nach neuer Verwendung dürstenden „Enterbten“ standen andere, welche nur die vaterländische Pflicht, wie sie sie verstanden, an die Seite der Verschwörer riß. Irreführender Gehorsam und Treue wirkten bei den meisten stärker als eigensüchtige Gründe. Im allgemeinen ist wohl nie eine Revolution ehrenamtlicher und dabei kurzfristiger mit allen guten aber auch unzulänglichen Eigenschaften des alten Deutschlands unternommen worden. Die militärische Machtentfaltung, obwohl sie sich im ganzen auf die Besetzung der Wilhelmstraße und die Entrollung schwarzweißroter Fahnen beschränkte, berauschte diese Unglücklichen so, daß sie ein neues Heranbrechen des erst vor wenigen Jahren entschwundenen mächtigen Deutschen Reiches erhofften. In Wirklichkeit war es ein letztes Aufblähen, das niemand mehr schaden mußte, als dem Rest des alten Deutschlands selbst. Diese Schwärmer redeten sich aber in solche Selbsttäuschung über die Lage hinein, daß am Sonntag abend die Aussicht auf ein rechtzeitiges Einbiegen der Buttschisten erlosch.

Als das günstige Moment zur Entwirrung der Lage sahen Trotha, Humann und Karmann den Umstand an, daß die größten Teile der Reichswehr, darunter ihre eigentlichen Köpfe, der alten Regierung treu geblieben waren und ihr auch, soweit sie in der Provinz standen, viel offenkundiger treu bleiben konnten als die in Berlin befindlichen Herren, welche selbstverständlich einen Bruderkrieg in der Stadt Berlin vermeiden mußten. Da die Reichswehr nicht aufeinander zu schießen gewillt war, so hofften die vernünftigen Elemente in Berlin darauf, daß Loßberg und Seeckt die Anhänger Lüttwitz' bald zu sich herüberziehen würden. Andererseits rechneten die Desperados vom Lüttwitzstab auf die Chancen einer energischen Minderheit. Sie erklärten, wenn es zur Belagerung Berlins käme, so würden sie als die Entschlosseneren zweifellos schießen, die andern nicht, und so würde die Reichswehr trotz der „verräterischen“ Haltung vieler Generale zu jener Einigkeit zurückkehren, welche den Erfolg verbürgt. Diese Berechnung und die Ausschaltung aller nicht militärischen Momente der Lage kennzeichnet zur Genüge ihren geistigen Horizont.

## V.

Endlich am Montag, den 15. März, vormittags, gelang es Kapitän Humann, Herrn Rapp über den wirklichen Stand der Dinge aufzuklären. Er begab sich mit dem Karmannschen Material zu Rapp, obwohl Pabst auch ihn wiederum

wie am Tage vorher den Hauptmann Karmann dringend fernzuhalten suchte mit der Bemerkung, der „Reichskanzler“ wäre so abgenutzt und müde uff. Nun war in die Gipswand, mit welcher die Verschwörer Kapp umgeben hatten, Bresche gestoßen. Am Montag vormittag ließ Kapp durch General Märdler, der sich als Vermittler betätigte, sieben Bedingungen für seinen Rücktritt an die nach Stuttgart geflüchtete Regierung übermitteln. Der Generalstreik, welchen die Verschwörer am eigenen Leibe zu spüren begannen, und dem sie ratlos gegenüberstanden, schuf in ihnen die seelischen Vorbedingungen zur nüchternen Aufnahme der aus dem Reich einlaufenden Hiobsposten. Das schlechte Gewissen, der Kassenjammer troch überall heran.

Nur die eigentlichen Desperados sahen sich noch nach allerlei phantastischen Möglichkeiten der Rettung um, für den Fall, daß die Stuttgarter Regierung eine Verhandlung ablehnte. Noch am Dienstag nachmittag erklärte Hauptmann Pabst, falls die Stuttgarter Regierung die Kapp'schen Bedingungen nicht restlos annähme, auf eine Diktatur Däumig-Ludendorff zuzustreben. Däumig, der Führer der unabhängigen Sozialisten in Berlin, wurde auf vier Uhr zur Besprechung in die Reichskanzlei gebeten. Er kam selbstverständlich nicht, aber es bezeichnet die Urteilsfähigkeit der unverantwortlichen Putschisten, daß sie von einer Vereinigung der Militärdiktatur und der Generalstreikpartei träumten, dazu noch in einem Augenblick, da die Wut der Arbeitermassen siedend aufkochte.

Aber nicht nur auf Däumig wurde vergeblich gewartet. Auch nach Stuttgart spähten die angstvollen Blicke Stunde um Stunde umsonst. Es war seit Dienstag früh eine Drahtverbindung von der Reichskanzlei nach Stuttgart hergestellt worden. Nun hingen die Verschwörer buchstäblich an diesem Draht. Er entschied über ihr Sein oder Nichtsein. Jedesmal, wenn sich in den langen Stunden etwas in dem Apparat zu regen schien, schlitterten Bauer und Pabst zitternd vor Aufregung durch die Säle in den Telephonraum heran. Und jedesmal kehrten sie enttäuscht wieder um. Herr v. Berger, den sie als Vermittler in Stuttgart wußten, meldete sich nicht. Warum war nur die Verbindung so schlecht? — — — In Wirklichkeit hatte sich die Stuttgarter Regierung kategorisch geweigert, mit Herrn von Berger überhaupt zu verhandeln. Sie hat einzig General Märdler als Vermittler anerkannt, und sein Geschäft erwies sich als undankbar.

Einmal glaubte Oberst Bauer doch im Apparat die Stimme Bergers zu vernehmen. Hochende Frage: „Wie steht es mit unsern sieben Bedingungen?“ Antwort: „Sie werden nicht angenommen werden.“ Frage: „Was dann?“ Antwort: „Bedingungslose Unterwerfung gefordert.“ Bauer: „Dann fällt die Verantwortung für das Blutvergießen auf die Stuttgarter.“ Oberst Bauer wird erst beim Lesen dieser Zeilen erfahren, daß er dies Gespräch nicht mit Berger, sondern mit dem Chef des Moskestabes geführt hat, mit dem er durch ein Versehen verbunden worden war.

Die Kappleute bildeten sich, ich weiß nicht auf Grund welcher Meldung ein, daß Ebert und Noske in der Furcht, zwischen rechts und links zerrieben

zu werden, Verhandlungen wünschten. In Wirklichkeit beharrten seit jener Freitag nacht die Regierungsmitglieder starr bei der Weigerung, mit den Rebellen zu verhandeln, da darin Anerkennung einer gewissen Gleichberechtigung läge. Sie rechneten auf ein Niederbrechen des Aufstandes; besonders wirkten auch die Demokraten unter Führung des Ministers Koch gegen jedes Verhandeln. Gewiß hätte es im Interesse der Wiederaufrichtung der schwer geschädigten Staatsautorität gelegen, wenn die Stuttgarter Regierung wirklich so stark gewesen wäre, bedingungslose Unterwerfung ohne Verhandlungen zu erzielen. Da sie aber, wie sich bald herausgestellt hat, und wie nach den Vorgängen des Jahres 1919 jedem Unbefangenen klar sein mußte, ohne eigene Kapitulation nach links keinen Unterwerfungsfrieden nach rechts diktieren konnte, so fragt es sich doch angesichts der weiteren Ereignisse, ob diese ihre Unversöhnlichkeit nach rechts politisch klug gewesen ist. Großherzig, überlegen war sie gewiß nicht, wie denn das deutsche Volk jetzt, eben so wie im Kriege, schwer an dem Mangel überragender Charaktere in allgemein anerkannten Stellungen gelitten hat.

Das war auch die bange Sorge aller derer, die in der Reichskanzlei zu Berlin gegen die Unvernunft des Lüttwiz-Stabes ankämpften: würde von Stuttgart aus maßvolle Klarheit Deutschland einen wahren Frieden bescheren, oder würde auch dort, wie hier, kurzichtiges Trachten nach augenblicklichen Vorteilen die Entschlüsse führen? Eine Regierung, die wie die Stuttgarter selbst durch eine Revolution geschaffen war und die gegen die Propaganda der Tat, wenn sie von links kam, häufig ein Auge zudrücken mußte, durfte wohl den durch Kapp und Lüttwiz Mitgerissenen Brücken bauen, um Werte zu erhalten, die für den Staat auf die Länge unentbehrlicher sind als alles, was die äußerste Linke ihm jemals bieten kann. Ich bin überzeugt, daß die Stuttgarter Regierung durch das verschiedene Maß, mit welchem sie die Verfehlungen der Weißen und der Roten maß, sich selbst mehr geschadet als genützt hat. Es konnte für Deutschland in seiner jetzigen Lage eine Todesgefahr bedeuten, wenn die Regierung der Heße gegen die Armee durch übertriebene Schroffheit gegen deren verführte Teile allzu starken Vorschub leistete. Die eigentlichen Verschwörer mußten für ihr unsühnbares Verbrechen büßen; das verlangte das Rechtsgefühl. Aber war nun auf einmal die ganze Volksschicht, der sie entstammten, Feind des Staates geworden? Die später noch einmal zu erwähnenden Kappschen sieben Bedingungen waren unbestreitbar inhaltlich maßvoll und annehmbar, ja im Grunde schon angenommen mit Ausnahme der für alle politischen Verbrechen seit dem 9. November 1918 geforderten Amnestie. Sie waren als bloße Verschleierung der Kapitulation gedacht. Aber gerade diese Verschleierung lehnte Stuttgart ab.

Durch unerweichliche Ablehnung jeder Rückzugsbrücke auch für die persönlich Ehrenwertesten unter den Kappleuten taten sich die in Stuttgart versammelten Vertreter der süddeutschen Regierungen hervor. Von Preußen ließen sie sich nichts gefallen. Hier brach alter Partikularismus und leidig sinnwidrige Ab-

neigung gegen Reichshauptstadt und Preußentum hervor, wie an den trübsten Tagen unserer Geschichte. Ich muß es meinen süddeutschen Landsleuten ins Gesicht sagen, daß sie sich wenig mit Ruhm bedeckt haben, als sie in Stuttgart voll dröhnendem Pathos die Furcht vor einer möglichen Trennung des Südens vom Norden bei manchen Zuhörern weckten, für den Fall, daß die Regierung mit Berlin verhandele. Mit solchen Ausblicken würden Kapp und Traub trotz aller ihrer sonstigen Kurzsicht nie gespielt haben. Und wäre ein ähnlicher Gedanke, wenn er wirklich ernst gemeint und ausgeführt werden könnte, weniger Hochverrat als der Döberitzer Streich? Frankreich horchte auf.

Die norddeutschen Minister und Offiziere hinwiederum, die der Putz plötzlich nach Stuttgart geweht hatte, nahmen dieses Winken mit der Mainlinie viel zu ernst. Großenteils fremd in dieser Umwelt und mit den erforderlichen Abstrichen an unserer kräftigen schwäbischen Redeweise weniger vertraut, waren sie förmlich erschreckt durch Zorn und Haß, der sie selbst, soweit sie Preußen waren, in diesen Ministerreden zu umtosen schien. Sie meinten nun erst recht, schon um die Einheit des Reichs, ja ihren eigenen derzeitigen Standort zu retten, Kapp auch die geringste Rückzugshilfe verweigern zu müssen. Diese Starrheit in Stuttgart wie in Berlin hat dem deutschen Gesamtvolk schon viel gekostet und wird ihm noch mehr kosten an Zerspaltung und Schwächung, schleichenden und offenen Krisen — wo doch ein großmütiger und gewinnender Sieg der Demokratie so nahe lag an Stelle eines solchen Diktatfriedens mit zwei Besiegten.

Noske und sein Stabschef v. Gilsa machten geltend, daß, wenn auch Verhandlungen ausgeschlossen wären, man mit Kapp doch irgendwie sprechen müßte. Es könnte doch nicht endlos Bürgerkrieg geführt werden. Major v. Gilsa, der ebenfalls aufs entschiedenste eigentliche Verhandlungen ablehnte, regte die Aufstellung von Mindestforderungen an, welche von Kapp anzunehmen wären ohne jede Gegenleistung der Regierung, welche dieser aber die Rückkehr nach Berlin ermöglichen sollten.

Noske griff den Gedanken auf und formulierte am Dienstag im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten, um die Lösung der Krisis zu beschleunigen und eine Basis für das Weitere zu gewinnen, folgende Mindestforderungen: Rücktritt Kapps und Lüttwitz', Ersetzung des letzteren durch einen regierungstreuen General, etwa Seeckt, Abstoppen der Aufstellung einer Eisernen Division und von Offizierskompagnien, sofortiger Abtransport der Marinebrigade unter anderen Führern zwecks Entwaffnung und Entlassung.

General Märcker, der ebenfalls durch die süddeutschen Drohungen stark erschüttert war, gab diese Forderungen an das Berliner Reichswehrministerium weiter. Auf Veranlassung Bergers rief Gilsa telephonisch auch den Hauptmann Rabst in der Reichskanzlei an, der ein „Unannehmbar“ zurückrief. Die jungen Offiziere der Reichskanzlei, die sich in Bismarcks Wintergarten an diesem Abend zur Feldluchensuppe vereinigten, unter ihnen kaum einer ohne Kriegsverletzung,

glaubten den letzten Abend vor dem Kampf gekommen. Auch sie wollten nicht zurück.

Neben diesen Verhandlungen, oder genauer Nichtverhandlungsgesprächen von Stuttgart aus lief indes ein zweiter Besprechungsfaden in Berlin selbst.

Dort wurde die alte Regierung insbesondere durch den Vizekanzler Dr. Schiffer vertreten. Die Sitzungen, welche die Vertreter der Länder mit den Unterstaatssekretären und Ministerialdirektoren der Reichsämter und der preussischen Ministerien täglich zweimal abhielten, um Abwehrmaßnahmen gegen Kapp zu beraten, gingen seit Montag im Reichstagsgebäude ruhig weiter und wurden durch die Militärdiktatur nicht behindert. Den Puttschisten war glücklicherweise keineswegs klar geworden, daß eine in ihrer Art gegründete Gewalt sich nur halten kann, so lange sie Schrecken um sich verbreitet. Hinter ihrer dröhnenden Macht verbarg sich viel gutmütige Hilflosigkeit, was dieses beispiellose Weiterarbeiten vieler Organe der alten Regierung in Berlin selbst am deutlichsten belegt. Einige Verhaftungen preussischer Minister, die am Sonnabend vorgekommen waren, wurden rasch rückgängig gemacht. Zwar glaubte Pabst Journalisten gegenüber seine unbeugsame Entschlossenheit auch zu etwaigem Blutvergießen aussprechen zu müssen. Aber diesen Worten entsprach in keiner Weise die Praxis der Kapp-Regierung.

Auch Herr Schiffer sprach sich am Dienstag vormittag scharf gegen jedes Verhandeln mit den Kappleuten aus. Indes war gerade hier in der Hauptstadt keine der beiden Regierungen so stark, daß sie die Verantwortung für einen längeren Bürgerkrieg tragen konnte. Überall kroch das Chaos heran, züngelte die Anarchie empor. Pabst, der am Dienstag nachmittag zu Schiffer ging, erfuhr auch von ihm unter Ablehnung der Kappschen sieben Bedingungen die vier Stuttgarter Mindestforderungen. Jedoch fügte Schiffer hinzu, daß allerdings baldige Neuwahlen stattfinden müßten, auch daß die Präsidentschaftswahl durch das Volk verfassungsmäßig garantiert und die Umbildung des Kabinetts im Gange wäre. Das entsprach so ziemlich dem, was Kapp verlangt hatte, und war harmlos genug. Auch versprach Schiffer, sich persönlich und mit seinem Portefeuille für die Amnestierung der Kappleute einzusetzen. Schiffer schickte dieses Verhandlungsergebnis nach Stuttgart, damit das Kabinett dazu Stellung nehmen könnte. Mit diesen geringen Zugeständnissen hoffte Schiffer den Riß zwischen Bürgertum und Armee überbrücken zu können. Wie aber jeder Vermittler sich zwischen den starrköpfigen Parteien zerrieb, zeigt anschaulich der Bericht des „Vorwärts“ über die hier folgenden Vorgänge.

„Am Dienstagabend wurde in der Berliner sozialdemokratischen Funktionärerversammlung bekannt, daß Schiffer mit den Puttschisten auf der Grundlage verhandelte, daß er sich verpflichten sollte, für vier ihrer Forderungen, darunter ganz besonders die Amnestie, einzutreten. Darauf begab sich eine Kommission, bestehend aus den Genossen Krüger, Lüdemann und Stampfer zu Herrn Schiffer, um ihn vor weiteren Verhandlungen nachdrücklichst zu warnen.

Herr Schiffer antwortete darauf, er sehe keine andere Möglichkeit, die Kapp-Deute aus Berlin herauszubringen. Gegenüber dem Einwand, daß der Generalstreik diese Möglichkeit schaffe, verhielt er sich taub. Er zeigte größte Besorgnis vor dem Bolschewismus und der „roten Armee“, die sich gebildet haben sollte. . . .

Um drei Uhr morgens erschien ein Lüttwig-Offizier im Reichsjustizministerium und erklärte, man habe in der Reichskanzlei noch keinen Entschluß gefaßt, vielmehr diesen auf den nächsten Vormittag verschoben. Herr Schiffer bat darauf die drei Genossen in ein Nebenzimmer und sagte ihnen, jetzt sei Gelegenheit gegeben, die ganzen Verhandlungen abzubrechen — aber er halte ein solches Vorgehen doch nicht für richtig. Herr Schiffer begab sich sodann in das Zimmer zurück, in dem der Offizier wartete, und sagte, wenn in den Entschlüssen der andern Seite eine so bedenkliche Verzögerung entstände, behalte sich auch die Reichsregierung ihre Entschlüsse vor.“

Da Oberst Bauer also bis Mittwoch Bedenkzeit erbat, hielt sich Schiffer an sein Versprechen nicht mehr für gebunden und behielt sein Portefeuille, bis es ihm freilich bald als einem durch diesen Verkehr mit Kapp Befleckten von den Linksradikalen abgefordert worden ist. Der Vermittler erntet im heutigen Deutschland keinen Dank; auch die vorliegende geschichtliche Darstellung erwartet keinen Beifall bei Links und bei Rechts, nur das Verständnis eines künftigen Deutschlands, das müde dessen geworden ist, sich selbst zu zerfleischen.

In langen Aussprachen zwischen Berliner Vertretern der Mehrheitsparteien mit der Deutschen Volkspartei kam am Dienstag ferner die Geneigtheit der Mehrheitsparteien zu baldigen Neuwahlen — die ja gerade durch den Putz sich aus einem Nachteil zu einem großen Vorteil für die Mehrheitsparteien verwandelt hatten — zum Ausdruck. Auch die stärkere Hinzuziehung von Fachministern bildete selbstverständlich keinen Grund zum Bürgerkrieg. Jene Absichten Dr. Schiffers und diese Ansichten der Berliner Mehrheitsparteien gaben nun Kapp einen gewissen notdürftigen Schein, um seine Kapitulation nach außen hin zu bemänteln. Unter den sieben Bedingungen, welche er am Montag gestellt hatte, waren die wesentlichsten baldige Neuwahlen, Einsetzung von Fachministerien, Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk, Ergänzung des Parlaments durch eine berufsständisch gegliederte Wirtschaftskammer, sowie Amnestie. Nunmehr erklärte Kapp am Mittwoch früh, daß seine Mission erfüllt wäre, da die alte Regierung von sich aus seine Forderungen im wesentlichen auszuführen beabsichtige. Eine Verschleierung des Zusammenbruchs der Kapp-Regierung war vom allgemeinen Standpunkt aus zunächst geboten mit Rücksicht auf die irreführten Truppen, welche an den Erfolg geglaubt hatten. Der Lüttwigstab selbst begann an der ferneren Zuverlässigkeit eines Teils seiner Truppen zu zweifeln. Unter erneuten Bemühungen des Admirals von Trotha gelang es somit, in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch Kapp zum Rücktritt zu bewegen.

Im übrigen bildete für die enttäuschten Truppen nicht dieses sie kaum berührende Hin und Her über Fachminister usw., sondern der Ruf: Einheitsfront gegen den Bolschewismus! die goldene Brücke zu neuer Pflichterfüllung im Dienste der alten Regierung. Mit dem Ruf „gegen die Schieber“ waren sie auf der Döberitzer Heerstraße nach Berlin geführt worden. Jetzt traten sie in die seit dem Jahr 1919 ihnen so wohl bekannten Kämpfe gegen Spartakus zurück. Nur die eigentliche Verschwörergruppe, nicht die Masse der Verführten, war sich der erlittenen Niederlage ganz bewußt. Es hat im Laufe des Mittwochs noch erregte Auseinandersetzungen über den Rücktritt Lüttwitz' gegeben, der erst abends gegen Ludendorffs Widerspruch durchgesetzt wurde, nachdem Lüttwitz einen letzten Beweis seiner ehrenhaften soldatischen Gesinnung dadurch gegeben hatte, daß er sich auf die Nachricht von einem Ultimatum der Kommunisten hin der alten Regierung zur Verfügung stellte, ohne damit einem späteren Gerichtsverfahren gegen sich vorzugreifen.

Am wenigsten praktische Bedeutung konnte begreiflicherweise in dem Hexensabbat dieser Tage der theoretische Programmpunkt der „Kammer der Arbeit“ gewinnen. Doch verdient festgehalten zu werden, daß in der Pressekonferenz am Montag, als die Kapp'schen „Bedingungen“ verlesen wurden, diese fast durchweg feindselige Versammlung nur bei diesem einzigen Programmpunkt nicht unerhebliche Zustimmung äußerte. Aus dem ganzen Scherbenberg, welchen das Kapp'sche Unternehmen aufgehäuft hat, wird dereinst noch dieses von Kapp nicht gepflanzte, von ihm auch nur in der Not und dürftig begossene Pflänzchen empornwachsen, weil das hartgeprüfte deutsche Volk bei der raschen Abnützung aller ihm bisher versprochenen Heilmittel notwendig auch die Hoffnung auf ein berufsständisches Parlament in allen ihren Phasen wird durcherleben wollen.

## VI.

Am Mittwoch gab es im Reichskanzlerpalais nur noch Rehrichtshafen und Scheuerfrauen. Der traurige Karnevalsputz war vorüber und in Aschermittwochsstimmung gingen als Zeichen eines zweifelhaften Sieges die schwarzrotgoldenen Fahnen auf den Ministerien der Wilhelmstraße wieder in die Höhe. Die aufgewühlte Arbeiterschaft aber stellte nun ihrerseits der geschwächten Regierung Eberts ihre Bedingungen. Die Unabhängigen und Kommunisten präsentierten die Rechnung. Die Massen hörten nur noch auf ihre Gewerkschaftsführer, statt auf die Staatsautorität. Die weiße Woche verwandelte sich vor ihrem Ende in eine rote. War es ein bewußter Schalk oder ein unabsichtliches Zeichen unserer Zustände, daß auf Eberts Palais das Schwarzrotgold verkehrt gesetzt und auf Halbmaß wehte?

Im Jahre 1919 hatte das Machtgefühl der Massen Einbuße erlitten, weil der Generalstreik nie gelungen war. Er kann nur gelingen, wenn er von der öffentlichen Meinung unterstützt wird. Der erfolgreiche Generalstreik im März 1920 brachte die Arbeiter zu einer gefährlichen Überschätzung ihrer Macht und steigerte Wünsche und Begierden ihrer Führer im Gegenslag gegen das frevelhafte Beginnen der Extremisten von rechts. Die Beche zahlte das ganze

deutsche Volk, vor allem aber sein immer noch unentbehrlichster Besitz, die Armee. Kaum ein aktiver Offizier war unter den Verschwörern gewesen und trotzdem blieb Haß und Spott, den dieser Putsch verantwortungsloser Elemente hinterließ, am deutschen Offizier hängen. Das Verhalten Admirals von Trotha und vieler anderer aktiver Offiziere in den Tagen der schwersten Krisis zeigt aber, daß unsere Wehrmacht an der Zukunft nicht verzweifeln darf. Diese Männer haben durch ihre selbstlose Hingabe die Ordnung im Lande, soviel an ihnen war, geschützt und aufrecht erhalten. Sie haben gleichzeitig die gemeingefährliche Überhebung der Verschwörer bekämpft.

Reichskanzler Bauer hat auf den Versailler Friedensvertrag als den Hauptschuldigen an dem ganzen Chaos hingewiesen. Dieser Vertrag hat die Stimmung der Verzweiflung in unser Volk gesät; er hat das uns ungewohnte Söldnerheer geschaffen.

Wallensteinertum, wie es einer Söldnertruppe zu allen Zeiten anhaftet, hat das Unheil verursacht. Mögen sich alle folgenden Regierungen bewußt bleiben, daß die Behandlung von Söldnertruppen rücksichtsvoller sein muß als die eines Volksheeres aus allgemeiner Wehrpflicht. Die Regierung Eberts und Noskes hatte geglaubt, den Söldnertruppen, die sie im Jahre 1919 vor dem Untergang im Bolschewismus gerettet hatten, geringere Beachtung ihrer Wünsche und Forderungen schenken zu dürfen, als denen anderer Volksschichten. Wenn die deutsche Regierung die Psychologie von Söldnertruppen erst begriffen haben wird, so ist nicht daran zu zweifeln, daß es dem Reichswehrministerium gelingen wird, ähnliches Unheil für alle Zeiten zu verhüten.

Es hat sich in dieser Woche gezeigt, daß die Truppe unbedingt gehoramt in der Hand ihrer Führer liegt. Sie folgte den Generälen Watter, Möhl, Löffberg, Schöler, die zu Ebert hielten, ebenso tadellos wie Lüttwitz andererseits. Die Disziplin der Reichswehr hat sich bewährt; es kommt nur auf einwandfreie Führer an. Um diese zu haben, muß das demokratische Deutschland begreifen, daß der Offiziersstand, der durch den Krieg und das Kappsche Abenteuer unendlich Schweres erduldet hat, in seinen berechtigten Anliegen Gehör finden muß, da ihm die Waffe des Streiks nicht wie den andern Ständen zu Gebote steht. Eine echte Demokratie ist das Gegenteil von Parteiherrschaft und zieht alle Teile des Volkes an sich heran. Dann gewinnt sie auch die ihr heute noch Widerstrebenden.

Der vom Reichskanzler Bauer unbegreiflicherweise als Mitverschwörer bezeichnete Admiral von Trotha sagte am 22. März nach seiner Entlassung zu den sich von ihm verabschiedenden Offizieren und Beamten: „Wir haben nach dem verlorenen Krieg die Trümmer weggeräumt und angefangen neu zu bauen. Es begann wieder zu grünen. Jetzt ist der Brand darüber hingegangen und alles liegt vernichtet. Von jenem Tage an, als der Unglücksstein ins Rollen kam, habe ich meine ganzen Gedanken und Hoffnungen dahin gerichtet, daß ein Mann käme, der imstande wäre, die Gegensätze zusammenzubiegen, über

den Parteien stehend, zum Heile unseres gemeinsamen Vaterlandes. Ich weiß nicht, ob ich mich täusche, aber mir scheint, als ob in der Verwirrung, in die wir gestürzt sind, viele wieder in erster Linie an sich selbst denken. Parteiinteressen und Selbstfüchtigkeit aller Art drängen die anderen Kräfte in unserem Volk abermals zurück."

Unschuldige haben mit den Schuldigen gebüßt. Edelste und unersehbare Güter sind in tragischer Weise mit zugrunde gegangen. Das pflegt in der Geschichte nie anders zu sein. Möchten die Sühnopfer, die gefallen sind, die rasende See des Parteikrieges endlich zur Stille bringen. Es ist hoch an der Zeit, daß die Reste unserer Volkskraft sich zusammenschließen, statt sich weiter zu zerstören. Man möchte die warmen Worte, welche in der Stuttgarter Nationalversammlung am 18. März alle bürgerlichen Parteien für das verfassungstreue Offizierskorps gefunden haben, als ein vorläufiges Unterpfand besserer Verhältnisse annehmen.



## Die Parteien und der körperschaftliche Gedanke

Von Max Hildebert Boehm



Das Ergebnis der pseudo-sozialistischen Novemberrevolution war die Eroberung des Staates durch den Mechanismus der Parteien. Das kunstvolle Werk Bismarcks, das gemeindeutsche und preußische Überlieferungen, dynastische Hoheitsrechte und Volkssouveränität, zentralistische und partikularistische Strebungen in ein freilich recht labiles Gleichgewicht gebracht hatte, war dem äußeren Anprall und der inneren Zermürbung nicht gewachsen gewesen. Der Sturz des Monarchismus hatte die selbstlichere Regierungsgewalt ihres festen Orientierungspunktes beraubt, das Stückwerk von Weimar konnte nichts Bestandhaftes schaffen. Die Parteibürokratie, in deren Hände das Ruder des Staates kam, war durch jahrzehntelange Tradition allzusehr in Nörgelei und Zersekung, allzu wenig in positiver verantwortlicher Leistung geübt. Der Boß, der halb wider Willen zum Gärtner gemacht worden war, konnte in der Hauptsache nur deshalb einen Schein von Leistung erzeugen, weil die erfahrenen Gärtnergehilfen von früher, die Geheimräte der vielgeschmähten Bürokratie des zertrümmerten „Obrigkeitsstaates“, zunächst noch auf ihren Posten aushielten. Man zehrte praktisch von einem Kapital, das man theoretisch verleugnete, die Stagnation in den Spitzen kam in Krisen über Krisen zum Ausdruck. Streik und Spartakusunruhen lähmten die Wirtschaft, Korruption und Dilettantismus spitzten sich im Erzbergerprozeß zur akuten Krise, auch die hilflose Kappaffäre nährte nur die Zersekung. Die zum Scheinieg ungefälschte Niederlage der formalen Demokratie bekundet die innere Ohnmacht, mit der der Partei-mechanismus dem fortschwärenden Zersekungsvorgang des Volkskörpers gegenüber-